

Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bezirksregierung Münster
Az.: 54.09.01.06-012/2025.0001

Münster, den 18.09.2025
Nevinghoff 22
48143 Münster

Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Bocholter Aa Te Rhedebrücke (MN65) von km 29,4 bis km 30,4 (GSK3e)

Das Vorhaben hat zum Ziel die Durchgängigkeit der Bocholter Aa wiederherzustellen und den ökologischen Zustand zu verbessern. Durch die Nutzung von Synergien wird zudem der Hochwasserschutz verbessert.

Die Bocholter Aa wird im gegenwärtigen Zustand durch einen Sohlabsturz, welcher sich in Höhe der Hoflage „Te Rhedebrücke“ befindet aufgestaut. Um die ökologische Durchgängigkeit wiederherzustellen, sieht die Planung vor diesen Absturz zu entfernen und die ursprüngliche Höhendifferenz von 0,7m durch eine Laufverlängerung des Gewässers abzubauen. Die Laufverlängerung wird auf Flächen oberhalb des ehemaligen Absturzbauwerks realisiert und orientiert sich an dem natürlichen Altverlauf der Bocholter Aa vor ihrer Begradigung. Der neue mäandrierende Verlauf wird so gestaltet, dass eine umfassende eigendynamische Entwicklung ermöglicht und das Gewässer ganzheitlich ökologisch aufgewertet wird.

Auf Grundlage des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird das o. g. Vorhaben bewertet. Nach § 7 UVPG stellt die zuständige Behörde, u.a. nachdem der Träger des Vorhabens sie im Sinne des § 5 UVPG ersucht hat, unverzüglich fest, ob für das Verfahren eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Hierzu wird eine Vorprüfung des Einzelfalls durchgeführt.

Es handelt sich um ein Vorhaben zum Gewässerausbau nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG), welches nach § 7 UVPG i. V. m. der Anlage 1 zum UVPG der Nr. 13.18.1 „Sonstige der Art nach nicht von den Nummern 13.1 bis 13.17 erfasste Ausbaumaßnahme im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes, soweit die Ausbaumaßnahmen nicht von Nummer 13.8.2 erfasst sind“ zuzurechnen ist. Aufgrund einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 1 UVPG wird festgestellt, dass für das beabsichtigte Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Aus der Maßnahme resultierten keine erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigungen für die Schutzgüter gem. § 2 Abs. 1 UVPG. Es ist nach dem Ergebnis der Vorprüfung nicht mit erheblichen negativen Auswirkungen zu rechnen, da es sich nur um einen zeitlich befristeten und kleinräumigen Eingriff, bezogen auf das Gebiet der Bocholter Aa, in Natur und Landschaft handelt. Somit ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich.

Da der Gewässerausbau nicht UVP-pflichtig ist, kann gem. § 68 Abs. 2 WHG anstelle eines Planfeststellungsbeschlusses eine Plangenehmigung erteilt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Im Auftrag

gez. Nikolic